

Wenn die Sonderschulen voll sind

Weil Plätze fehlen, setzt der Kanton St. Gallen auf mehr Integration – mit zusätzlicher Unterstützung für die Regelschulen.

Roger Braun

Die integrative Schule: Vor 20 Jahren war sie einzig Fachpersonen ein Begriff, heute ist sie zum Reizwort vieler Lehrpersonen, Eltern sowie Politikerinnen und Politiker geworden. Ziel ist es, möglichst alle Kinder gemeinsam in einer Regelklasse zu unterrichten: seien es verhaltensauffällige, körperlich oder geistig behinderte, fremdsprachige oder hochbegabte.

Bisher scheint das mehr schlecht als recht zu klappen. 62 Prozent der St.Galler Lehrpersonen gaben jüngst in einer Umfrage an, dass sie der Idee der integrativen Schule kritisch oder sehr kritisch gegenüberstünden. Demnach fühlen sich viele Lehrerinnen und Lehrer überlastet und beklagen mangelnde Unterstützung durch Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, Klassenassistenzen oder Deutschlehrpersonen. Auf der politischen Bühne haben die nationale SVP wie auch die FDP die integrative Schule für gescheitert erklärt.

In dieser angespannten Stimmung möchte der Kanton St. Gallen die Sonderpädagogik neu regeln. Künftig sollen Kinder, die «verstärkte sonderpädagogische Massnahmen» benötigen, nach Möglichkeit ebenfalls in die Regelklassen integriert werden. Nach heutigem Recht müssten diese Schülerinnen und Schüler in einer Sonderschule beschult werden. Überspitzt gesagt: mehr Integration als Antwort auf die Kritik an zu viel Integration.

Sonderschulen sind überfüllt

Spannend ist: Der Vorschlag der Regierung stösst auf viel Zustimmung. «Das neue Gesetz schafft endlich Lösungen für die aktuellen Herausforderungen in unseren Schulzimmern», sagt der Präsident des Lehrpersonenverbands Patrick Keller.

Er macht auf die schwierige aktuelle Situation aufmerksam: Im Kanton St. Gallen fehlt es an Sonderschulplätzen. Die rund 1800 Plätze für die Volksschule sind ausgelastet.

Bekannt ist, dass 55 Kinder und Jugendliche Anrecht auf einen Sonderschulplatz hätten, aber aus Platzgründen an einer Regelschule unterrichtet werden. Daneben gibt es eine grosse Dunkelziffer weiterer Schüler, die eigentlich sonderbeschult werden müssten. Der Kanton geht von insgesamt 380 Kindern und Jugendlichen aus, die heute in der Regelschule unterkommen müssen.

Für die betroffenen Lehrpersonen bedeutet dies einen grossen Aufwand, den sie ohne oder mit minimaler Unterstützung leisten müssen. Künftig sieht der Kanton vor, dass die Gemeinde abhängig vom Sonderbedarf eines bestimmten Schülers ein «Ressourcenpaket» erhält. Dieses Paket ist dem betreffenden Schüler zugeordnet und könnte etwa so aussehen: pro Woche zwei Lektionen Logopädie, zwei Lektionen Psychomotorik und die Begleitung einer Heilpädagogin während fünf Lektionen.

Keller findet das gut. Er sagt: «Einige Kinder mit Sonderbedarf sind ohnehin schon in den Regelklassen. Es geht einzig darum, ob wir diese angemessen beschulen können oder nicht.» Und dafür sei das Ressourcenpaket des Kantons eine grosse Hilfe. Keller kann sich dabei auf die Meinung der Lehrpersonen stützen: 61 Prozent haben sich jüngst in einer Umfrage für die angedachte Regelung ausgesprochen.

Politische Parteien stehen hinter Idee

Unterstützung kommt auch von SP und Mitte. Die SP äussert in der Vernehmlassungsantwort «vollumfängliche» Zustim-



Kinder mit Sonderschulbedarf sollen in der Regelschule intensiver begleitet werden.

Bild: Svenja Hanusch/Imago

Volksschulgesetz stösst insgesamt auf Anklang

Neben der integrativen Sonderbeschulung geht es im **Volksschulgesetz** um weitere Themen. Wie die Regierung am Freitag mitgeteilt hat, ist die Vernehmlassung dazu positiv verlaufen.

«Die Rückmeldungen bestätigen die grundsätzliche Stossrichtung der Vorlage, zeigen aber auch Anpassungsbedarf bei einzelnen Themen», schreibt sie zusammenfassend. Diskussionsbedarf gibt es demnach bei den künftigen **Modellen der Oberstufe**. Zwar wird mehrheitlich begrüsst, dass die Gemeinden mehr Spielraum erhal-

ten – und zum Beispiel gemischte Klassen aus Sek- und Realschülern bilden können. Allerdings gibt es unterschiedliche Meinungen zu den zulässigen Mischformen. Zudem ist umstritten, ob es sich bei der heutigen Trennung von Sekundar- und Realklassen um ein Auslaufmodell handeln soll oder nicht.

Auf positives Echo stösst die geplante Stärkung der **Aufsicht über Privatschulen**. Auch der Wegfall des privaten Einzelunterrichts findet bei Parteien und Verbänden eine klare Mehrheit. Kontrovers beurteilt wird

hingegen die vorgeschlagene **Abwertung des Bildungsrates** zu einem reinen Beratungsgremium. Eine Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden spricht sich dafür aus, den heutigen Bildungsrat mit Entscheidungskompetenzen beizubehalten. Wie der Bildungsrat künftig konkret ausgestaltet werden soll, bleibt hingegen umstritten.

Wie die Regierung mitteilt, wird das neue Volksschulgesetz voraussichtlich Ende 2026 dem Kantonsrat zugeleitet. In Kraft treten wird das neue Gesetz frühestens ab August 2028. (rob)

ankert und mitfinanziert werden.» Dies verhindere, dass die Integration auf dem Buckel der Lehrperson passiere.

Die FDP hat jüngst eine kritische Anfrage zur integrativen Schule eingereicht mit dem Titel «Integrative Schule am Limit: Braucht die St. Galler Volksschule einen Kurswechsel?» Nun signalisiert jedoch auch sie Zustimmung zum Gesetz. Fraktionschef Raphael Frei sagt: «Es ist gut, dass Gemeinden finanziell unterstützt werden, wenn sie Schülerinnen und Schüler mit Sonderschulbedarf unterrichten.» Dies sei nicht nur im Interesse des betroffenen Schülers, sondern auch im Sinne der Klasse sowie der Lehrperson.

Selbst die SVP äussert sich positiv. Die SVP anerkenne den Handlungsbedarf, schreibt die Partei in der Vernehmlassungsantwort. «Die SVP unterstützt das Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden weiterzuentwickeln.»

Wie weiter mit den Sonderschulen?

Einig sind sich die Parteien darin, dass Sonderschulen für viele Kinder weiterhin nötig seien. «Nicht für jedes Kind ist eine Integration in eine Regelklasse sinnvoll», sagt etwa Keller vom Lehrpersonenverband. «Je nach Entwicklung könnte ein Ausbau der Sonderschulplätze angezeigt sein.» Zuständig für den Betrieb der Sonderschulen ist nicht der Kanton, sondern verschiedene private Stiftungen und Vereine. Derzeit gibt es 21 Sonderschulen, die allesamt ausgelastet sind. Immerhin: In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Plätze für die Volksschule von rund 1450 auf heute 1815 gestiegen. Um den Ausbau weiter zu forcieren, hat der Kanton vor einem Jahr den privaten Trägerschaften zusätzliche Kredite in Aussicht gestellt. Ob dies zu signifikant mehr Plätzen führen wird, bleibt abzuwarten.

mung zur integrierten Sonderbeschulung. «Es wurde empirisch vielfach bestätigt: in Schulen mit integrativer Schulform bringen Schülerinnen und Schüler

bessere Schulleistungen und Schülerinnen und Schüler verschiedener Schichten sind sozial integrierter», schreibt die Partei.

Die Mitte schreibt: «Die integrierte Sonderschule ist an fast allen Schulen gelebte Realität und soll nun endlich konsequent kantonal gesetzlich ver-